

INTERPELLATION

**von Grossrat (Suppl.) Marc Kalbermatter und Grossrätin (Suppl.) LAURA KRONIG
betreffend Private Public Partnership "Schulen im Netz" - ein trojanisches Pferd?
(09.10.2008) 3.161**

Wie in einem Artikel des Beobachters zu lesen war, entpuppt sich die Zusammenarbeit mit privaten Sponsoren im Rahmen des Programms "Schule im Netz" je länger desto mehr als trojanisches Pferd. Anhand der Microsoft-Programme kann dies exemplarisch gezeigt werden:

- Für die installierten Software-Produkte – namentlich von Microsoft – werden für die Schulen inzwischen periodisch hohe Lizenzgebühren fällig.
- Für die Eltern der Kinder, die mit den teuren Microsoftprodukten geschult werden, fallen für den heimischen Computer nochmals saftige Kosten an, wenn sie ihre Maschinen zu Übungszwecken mit der benötigten Software ausrüsten wollen.
- Schliesslich führt der systematische Einsatz von Microsoft-Anwendungen in der Schule zur Festigung des Quasi-Monopols des milliardenschweren Konzerns im Bereich der Office-Software und zur Indoktrination unserer Jugend hinsichtlich dieser Programme.

Womit vorderhand Geld gespart werden sollte, führt nun im Endeffekt zu unerfreulichen und teuren Nebeneffekten für die öffentliche Hand und die sonst schon gebeutelten Familien. Daneben ist es fraglich, wenn die Schule als Werbetafel und Ort der Angewöhnung für Unternehmen und ihre Produkte missbraucht wird.

Der Staatsrat wird daher aufgefordert, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Ist sich der Staatsrat der diversen Nebenwirkungen dieser PPP bewusst?
- Welche Summe müssen die Walliser Schulen jährlich an Lizenzgebühren für die diversen Softwareprodukte abliefern?
- Welche Summe (hochgerechnet) müssen die betroffenen Eltern im Wallis insgesamt, für die Zuhause für ihre Kinder zu Lernzwecken installierte Software, berappen?
- Ist sich der Staatsrat bewusst, dass es inzwischen zu Microsoft Office Open-Source-Alternativen wie beispielsweise das Open Office gibt, welche kostenlos denselben Funktionsumfang, dieselbe Benutzerführung und eine hohe Kompatibilität zu Microsoft-Office Dokumenten bieten?
- Ist der Staatsrat bereit, sich im Interesse der öffentlichen Finanzen, der Chancengleichheit, sowie der Portemonnaies der Familien mit schulpflichtigen Kindern dafür einzusetzen, dass zukünftig im obligatorischen Unterricht nach Möglichkeit nur noch Open-Source-Software eingesetzt wird?

Sitten, den 9. Oktober 2008
(11.30 Uhr)

Marc Kalbermatter, Grossrat (Suppl.)
Laura Kronig, Grossrätin (Suppl.)